

---

# Editorial zum Schwerpunktthema

---

## Sagst du mir, wer ich bin? – Praxen der Selbst- und Fremd-Identitätsisierung und ihre Folgen

*Andrea D. Bührmann, Laura Dobusch, Thomas Köllen, Erol Yıldız, Ilona Ebbers, Brigitte Halbfas, Daniela Rastetter und Barbara Sieben*

### 1. Einleitung

Der Begriff der Identität ist in der Debatte um gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe an gesellschaftlichen Institutionen in den letzten Jahren zunehmend in den Vordergrund gerückt. Dies liegt in erster Linie daran, dass Forderungen einzelner benachteiligter Gruppen nach mehr Teilhabe zunehmend unter dem Begriff der ‚Identitätspolitik‘ verhandelt werden (Sussemichel/Kastner 2022). Vor allem im Feuilleton schwingt dabei oftmals eine gewisse Abwertung mit (Villa Braslavsky 2020). Kritisiert werden diese sog. Identitätspolitiken dabei nicht nur von liberal-konservativer Seite, sondern auch von Akteur\_innen, die sich selbst als progressiv verstehen. Die Kritiker\_innen von ‚Identitätspolitiken‘ bedienen sich allerdings oftmals selbst identitärer Methoden: Indem sie die Teilhabeforderungen und den Widerstand der Marginalisierten als Gefahr darstellen, können sich Mehrheiten als bedrohte Minderheiten inszenieren und empfinden. Ihr Auftreten gegen diese marginalisierten Positionen interpretieren Kritiker\_innen dann als ‚Selbstschutz‘.

Silke van Dyk (2019) spricht in diesem Zusammenhang von einer „großen Koalition der Anti-Identitätspolitik“, die sich entlang dreier Kritikpunkte formiert habe (siehe auch Schubert/Schwartz 2021): Sog. Identitätspolitik würde (1) Partikularinteressen bestimmter, besonders auffälliger Gruppen überbewerten, zu einer Fragmentierung und Spaltung der Gesellschaft beitragen und damit das Leitmotiv einer universalistischen Politik, die sich an der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen ausrichtet, in Frage stellen; (2) die ‚eigentlich‘ gesellschaftsstrukturierende und damit die aus Sicht (neo-)marxistischer Ansätze entscheidende Kategorie der Klassenzugehörigkeit in den Hintergrund drängen; (3) sich als affirmative Vielfaltsrhetorik nicht im Widerspruch, sondern vielmehr kompatibel mit kapitalistischen Verwertungslogiken positionieren und sich damit in eine Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus begeben. In diesem Sinne spricht Nancy Fraser (2017) auch von einem progressiven Neoliberalismus. Unterstützer\_innen von als identitätspolitisch gerahmten Forderungen wenden allerdings ein, dass eben genau der praktizierte – und nicht der abstrakte – Universalismus selbst ein Ergebnis partikularer Interessen und „mit weißer Männlichkeit verbundene[r] Privilegien“ (van Dyk 2019) sei.

Auffällig an der Kontroverse über sog. Identitätspolitiken ist der Umstand, dass diese weitgehend abseits empirischer sozialwissenschaftlicher Evidenz geführt wird. Das heißt, die behaupteten Negativfolgen von als ‚Identitätspolitik‘ verhandelten Teilhabeforderungen sind kaum durch empirische Einstellungserhebungen in der Bevölkerung oder konkrete Politikanalysen belegt (Mau et al. 2020). Zum einen ist eine empirisch fundierte Auseinanderset-

zung mit den Konsequenzen sog. identitätspolitischer Themen und Forderungen ein wichtiges Forschungsanliegen – auch angesichts der immer wieder erregten medialen Berichterstattung. Zum anderen erscheint es genauso zentral, die *epistemische wie ontologische Fundierung* selbst in den Blick zu nehmen, die der Bezeichnung von Anliegen in Bezug auf Anerkennung, Teilhabe und Ressourcenausstattung als ‚identitätspolitisch‘ zugrunde liegt.

Mit der Einordnung als ‚identitätspolitisch‘ geht nicht nur der Versuch einher, die so markierten Anliegen als Partikularinteressen zu ‚enttarnen‘ und zu delegitimieren, sondern der (Debatten-)Gegenstand selbst wird in seinem Wesen gleichermaßen vorgegeben wie begrenzt: Im Zentrum steht dabei die Annahme bedeutungsvoller individueller wie kollektiver Identitäten, deren Nicht-/Anerkennung zum zentralen polit-moralischen Handlungsmotiv stilisiert wird. Dabei wird die darin eingelagerte Annahme unhinterfragt perpetuiert, dass wirkmächtige, weil ungleichheitsstiftende Unterscheidungen als Identitäten zu fassen sind. Diese (Eng-)Führung der Debatte rund um Anerkennungs-, Teilhabe- und Ressourcenfragen von benachteiligten und marginalisierten Gruppen wollen wir mit dem Begriff der ‚Identitätsisierung‘ greifbar und damit analysierbar machen: Dadurch soll es möglich werden, die multiplen Ein- und Ausschlüsse, die aus einer identitätsbasierten Gegenstands- und Diskurs-Rahmung folgen, kritisch zu beleuchten.

## 2. Identitätsisierung: Eine tentative Begriffsbestimmung

Bevor wir den Begriff der Identitätsisierung konkretisieren können, braucht es allerdings eine kurze Annäherung an den Begriff der Identität selbst.

Als eigenständiger Begriff taucht Identität, abgeleitet vom mittellateinischen *identitas*, erst zum Ende des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachraum auf und bezeichnet in Anlehnung an die cartesianische Substanzvorstellung eine dauerhaft seiende Substanz, die als Trägerin spezifischer Eigenschaften fungiert. Davon ausgehend wird unterstellt, dass Menschen über einen ‚authentischen‘ Kern verfügten, in dem alle wesentlichen Charakteristika ihrer selbst verankert seien. Das heißt, es wird unterstellt, der innere Wesenskern stünde in einem reziproken wie direkten Ableitungsverhältnis zu dem äußeren Erscheinungsbild und den Verhaltensweisen eines Menschen.

In Abgrenzung zu einer solchen substanzlogischen Begriffsbildung erarbeitete Freud am Beginn des 20. Jahrhunderts, bezogen auf das ‚Merkmal‘ Geschlecht, das Konzept einer prozesshaften Identität(sbildung). Menschen entwickeln demnach erst über entsprechende psychische Verdrängungen eine ‚gesunde‘ männliche oder weibliche Geschlechtsidentität. Diese Überlegungen hat Erikson Mitte des 20. Jahrhunderts fortgeführt, insofern er die Identitätsbildung als Folge eines mehrstufigen Phasenmodells der psychosozialen Entwicklung begreift. Die Ich-Identität bezeichnet bei Erikson das Gefühl, ein zusammengehöriges Ganzes zu sein. Dieses Gefühl muss jedoch permanent durch das Ich erst (wieder) hergestellt werden. Diesen Gedanken radikalisierten dann vor allem dekonstruktivistische und poststrukturalistische Ansätze: Identität wird danach als eine fluide und relative Erscheinungsform verstanden, die sich erst über unterschiedliche Praktiken und im Austausch mit anderen Objektivationen wie Subjektivationen formiert. Die Formierung von Identitäten selbst gilt als je unabgeschlossen (vgl. dazu auch zusammenfassend Nicke 2018).

Im Spannungsfeld dieser beiden hier skizzierten substanz- und prozesslogischen Identitätskonzeptionen oszilliert aktuell die Debatte um sog. Identitätspolitik<sup>1</sup>. Ganz grob können auch hier zwei Debattenstränge unterschieden werden: Zum einen, ausgehend von einem substanzlogischen Identitätsbegriff, ist dies vor allem aus sozial-/psychologischer Perspektive ein mehr oder weniger affirmativer, identitätsbejahender Zugang. Aus einer solchen Perspektive wird Identität zwar nicht unbedingt als ein Wesenskern einer Person (oder Gruppe) verstanden, aber zumindest im Sinne eines wie auch immer gearteten Zusammenhangs, der die Summe an individuellen Eigenschaften und Erfahrungen miteinander in einem – möglichst kohärenten, wenn auch veränderlichen – Ganzen verbindet (Straub 2018). Zum anderen, im Anschluss an eine prozesslogische Perspektive auf Identität, ist dies ein eher kritischer Zugang, mit dem die theoretisch-konzeptionellen Fundierungen dominanter Identitätskonzepte hinterfragt und die damit einhergehenden substanzialisierenden und regulierenden Effekte aufgezeigt werden. Hier wird gerade kritisiert, dass bestimmte selektive Charakteristika identifiziert und zu einer (kulturellen bzw. sozialen) Identität fixiert werden (z.B. Butler 1990).

Während dieses Heft mit seinen Beiträgen an die Einsichten des zweiten Strangs anschließt, richten wir den Fokus nicht (in erster Linie) auf die Identitätskonzeptionen selbst und die Kritik daran. Vielmehr rücken wir die ontologischen Konsequenzen in den Vordergrund, die sich aus einer Gegenstandskonstitution ergeben, die Anerkennungs-, Teilhabe- und Ressourcenanliegen von benachteiligten und marginalisierten Gruppen als ‚Identitätsfragen‘ voraussetzt und damit als solche hervorbringt.

Das zeigt sich etwa in der soziodemographisch durchaus üblichen Kategorisierung der ‚sexuellen Identität‘. Hier ist es weniger das Unterscheidungskriterium entlang der Definition begehrender und begehrter Geschlechter an sich, das als problematisch erscheint. Es ist vielmehr die Basisannahme, dass mit der Art und Weise der sexuellen Orientierung bzw. der sexuellen Praxen auch eine bestimmte Identität einhergehe. Selbstverständlich können die Ankerkategorien, an die individuelle Identitätskonzepte geknüpft sind, sehr unterschiedlich und vielfältig sein. Allerdings bedeutet die diskursive Festlegung eines Unterscheidungsmerkmals im Sinne einer Identitätskategorie, dass politische Forderungen quasi zwangsläufig identitätsbasiert – also an bestimmte Personengruppen gekoppelt – formuliert werden.

Über diese epistemischen Überlegungen hinaus zielen wir mit dem Begriff der Identitätsisierung auch auf eine ontologische Infragestellung. Denn uns geht es nicht nur darum, die Inhalte von Identifizierungsprozessen zu hinterfragen, sondern auch deren Form – eben den Prozess der Identitätsisierung. Dabei greifen wir Überlegungen von Foucault (1977, 1987) auf. Denn er wies in seinen genealogischen Studien zum Sexualitätsdispositiv darauf hin, dass die ‚Natur‘, ‚des Perversen‘ oder ‚der Hysterikerin‘ über diskursive und nicht diskursive – also dispositive – *Praktiken* hervorgebracht worden sind (vgl. dazu ausführlicher Bührmann 2004). Foucault zeigte damit auch, dass z.B. die Subjektivierungsform des ‚modernen Subjekts‘ erst im klassischen Zeitalter konzipiert und dann normalisiert worden ist. Wenn wir also den Begriff der ‚Identitätspolitik‘ verwenden, gleich ob in affirmativer oder kritischer Weise, so bestätigen wir damit immer wieder diese moderne Form der Subjektivierung, statt nach Alternativen zur Form der identitätsisierenden Anrufung zu suchen.

Eine Alternative jenseits der Identitätspolitik könnte sein, zu verdeutlichen, dass in den affirmativ angenommenen Problemen immer auch nicht problematisierte Voraussetzungen stecken. Wenn wir fragen, wie sich Menschen mit Migrationshintergrund zu Menschen ohne Migrationshintergrund verhalten, setzen wir voraus und stellen außer Frage, dass es ein sol-

1 Zur Identitätskonstruktion, unabhängig davon, ob sie substanz- oder prozesslogisch interpretiert wird, schreibt Schubert: „Man kann das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, in eine Zeit also, als die Leute noch gar nicht wussten, dass sie Identitäten hätten, und trotzdem genauso unglücklich waren wie heute“ (Schubert 2022: 25).

ches Verhältnis gibt (Mitterer 2011). Oder auch, wenn wir Personen in queer und nicht queer einteilen, setzen wir die Unterscheidung selbst schon als bedeutsam voraus.

Diese Anrufung erfolgt im Wesentlichen aus zweierlei Richtungen: zum einen in Form einer Fremd-Identitätsisierung, also eines ‚Umhängens‘ von Identitätszuschreibungen durch Dritte, zum anderen durch Prozesse der individuellen Selbst-Identitätsisierung im Sinne eines mehr oder weniger frei gewählten ‚Hineinschlüpfens‘ in bestehende oder sich entwickelnde ‚Vereigenschaftlichungen‘ des Selbst. Dadurch entsteht ein Spannungsfeld: Formen der Identitätsisierung können genutzt werden zur politischen Mobilisierung und Schaffung des Empfindens und Erlebens von Solidaritäten (dies zeigte sich überdeutlich im Rahmen neuer sozialer Bewegungen), gleichzeitig können Identitätsisierungen Spielräume für individuelles Handeln, Denken und Empfinden einschränken, da an die Form der ‚Identität‘ ganz konkrete diesbezügliche Erwartungen geknüpft sind, deren Nicht-Erfüllung Sanktionen nach sich ziehen kann.

Im Grundsatz unterstellen wir also, dass bei Diskussionen um sog. Identitätspolitik nicht nur die Inhalte kontrovers verhandelt werden, sondern auch die Motive und Ziele der Debatte selbst. Deshalb verweisen die möglichen alternativen Formen jenseits von Identitätsisierungen nicht auf Strukturen des Einvernehmens, sondern des „Unvernehmen[s]“ (Rancière 2022). Die Diskussion verweist nämlich sowohl auf ihren eigenen Gegenstand als auch auf die „Eigenschaft derer, die daraus einen Gegenstand machen“ (ebd.: 11f) wollen, und eben darüber besteht kein Einvernehmen. Rancière macht damit auf eine mögliche Grundlage von Kontroversen aufmerksam. Diese impliziert, eben nicht nur den Gegenstand von Diskussionen, sondern auch die Bedingungen der zur Diskussion Autorisierten in den Blick zu nehmen. Foucault (1973) spricht hier im Übrigen in seiner „Archäologie des Wissens“ von der Autorisierung zum Sprechen und macht darauf aufmerksam, dass der Gegenstand des Diskurses eben erst im Diskurs selbst von dazu Autorisierten hervorgebracht werde.

### 3. Die einzelnen Beiträge des Themenschwerpunkts

Vor diesem Hintergrund stellen wir in diesem Heft die Praxen der Identifizierung von Differenzen und ihre intendierten wie nicht-intendierten Folgen in den Vordergrund: Das umfasst einerseits das Spannungsfeld der Subjektivation zwischen Selbst-Identitätsisierung und Fremd-Identitätsisierung; andererseits interessieren wir uns für das Aufspüren alternativer Konzeptualisierungen sozialer Differenz(ierung)en jenseits identitätsisierender Konzepte.

Ein Beispiel hierfür ist etwa die Unterscheidung entlang der Bezeichnung ‚Migrationshintergrund‘: Die Nachfolgegenerationen von Einwander\_innen werden im allgemeinen Sprachgebrauch meist mit Hilfe der Bezeichnung ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ beschrieben. Dabei wird selten reflektiert, wozu diese Unterscheidung, dass einer Person ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird oder nicht, überhaupt dienen sollte. Warum werden Menschen, die seit Generationen an einem bestimmten Ort leben, primär anhand des Kriteriums einer (vergangenen) Migrationsgeschichte bezogen auf das Auswanderungsland der Vorfahren klassifiziert? Und warum werden als das Gemeinsame nicht die geteilten Geschichten generationenübergreifender Mobilitätserfahrungen in den Fokus gerückt?

Mit einer solchen Unterscheidung entlang des Kriteriums ‚Migrationshintergrund‘ werden also keine bereits vorhandenen Gruppen identifiziert und beschrieben, sondern solche vielmehr erst erzeugt und in ihrem ‚So-Sein‘ hervorgebracht. Dies eröffnet die Frage nach alternativ denkbaren Praktiken, mit denen sich etwa bestimmte Mobilitäts-, Postmigrations- und Rassismus-Erfahrungen rekonstruieren lassen. Allerdings könnten Bezeichnungen wie

„Migrationshintergrund“ oder „Ausländer“ von den betreffenden Personen – im Sinne Stuart Halls (1994: 158) – transkodiert werden. Das heißt, dass die diskriminierenden Begriffe übernommen, aufgewertet und als subversive Widerstandstrategie genutzt werden, wie beispielsweise das Bündnis Kanak Attak zeigt (vgl. den Beitrag von Oguzhan in diesem Heft).

Ein Streifzug durch die einzelnen, thematisch vielfältigen Beiträge des Heftes zeigt, dass sich (umkämpfte) Formen der Fremd- und Selbst-Identitätsierungen nicht an bestimmten „Merkmalen“ wie etwa einem „Migrationshintergrund“ festmachen lassen. Vielmehr wird deutlich, dass es unabhängig von dem konkreten Gegenstand die *Art* und *Qualität* von Unterscheidungen ist, die in den Vordergrund rückt. So sind es vor allem *binärlogisch* vollzogene Differenzierungen, die Identitätsierungsprozesse im affirmativen wie widerständigen Sinne anleiten: Sei es, dass geschlechterbinäre, biologistisch geleitete Identitätsierungsweisen trans- bzw. pluralgeschlechtlichen entgegengestellt werden (Vanagas) oder Selbst-Identitätsierungen als inter\* verunmöglichen (Kirchner); sei es, dass die gegenwärtig dominante Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus auf Identitätsierungen der Gruppen der Jüd\_innen und Nicht-Jüd\_innen basiert, die wiederum entlang einer *Gojnormativität* erfolgt (Lohwasser); sei es, dass Praxen der Selbst-Identitätsierung wider die weiße Dominanzkultur thematisiert werden (Adjei Otuo; Donlic). Nachfolgend finden sich die jeweiligen Kurzbeschreibungen zu den einzelnen Beiträgen des Schwerpunkts.

### 3.1 Die wissenschaftlichen Langbeiträge

Annette Vanagas beschreibt anhand einer Analyse des Mediendiskurses zum geplanten deutschen Selbstbestimmungsgesetz zwei gegenläufige feministische Strömungen rund um die dabei verhandelten Selbstentwurfsmöglichkeiten von transgeschlechtlichen Personen. Sowohl der gesetzliche Rahmen als solcher als auch die Versuche, diesen zu (de)legitimieren bzw. direkt zu beeinflussen, können als Instrumente bzw. Prozesse der Fremd-Identitätsierung von transgeschlechtlichen Personen gefasst werden. Vanagas zeigt, dass sich in dieser Debatte cisfeministische Positionen, basierend auf geschlechterbinären Denkmustern, und queerfeministische Positionen, basierend auf geschlechterpluralen Denkmustern, scheinbar unvereinbar gegenüberstehen. Darüber hinaus wird deutlich, dass das Motiv der Einflussnahme auf diese Gesetzesinitiative, bzw. auf deren generelle (De-)Legitimierung, durchaus auch in Prozessen der Selbst-Identitätsierung von Cis-Personen zu finden ist. Für diese erzeugt die Debatte einen potentiellen Druck, Cis-Geschlechtlichkeit als Identitätsmöglichkeit, und damit als Selbstentwurfsmöglichkeit, zu begreifen.

Vor dem Hintergrund von Nationalsozialismus und Holocaust diskutiert Diana Lohwasser in ihrem Beitrag die Bedeutung von Narrativen kollektiver Schuld bzw. Unschuld, und den damit verbundenen Kategorien von Täter und Opfer, für die Entwicklung der nationalen Identitäten in Österreich und Deutschland. Sie zeichnet für beide Identitäten die Tendenzen nach, Täterschaften herunterzuspielen bzw. aufzuweichen und stattdessen einen eigenen Opferstatus anzudeuten bzw. zu etablieren. Da Täterschaft und Opferschaft einander bedingen, verbindet ihr Beitrag damit Elemente von Fremd- und Selbst-Identitätsierung. Als wesentliches Mittel dieser sich bedingenden Identitätsierungsprozesse, welche dem jeweiligen Selbstentwurfsspielraum Schwerpunktsetzungen nahelegen können, stellt Lohwasser die Bedeutung ritueller Erinnerungspraxen in den Vordergrund.

Am Beispiel intergeschlechtlicher Personen zeigt Anna Kirchner, wie gewaltsame Praxen der Fremd-Identitätsierung die Möglichkeiten der Selbst-Identitätsierung massiv bedingen und den allgemeinen Selbstentwurfsspielraum eingrenzen können. Da inter\* Personen bei der Geburt in der Vergangenheit mit pathologisierenden Befunden fremd-identitätsiert

wurden, mussten sie sich meist körperlichen Eingriffen unterziehen, die gemäß eines binären Geschlechtsverständnisses ‚vereindeutigen‘ sollten. Ihre Intergeschlechtlichkeit wurde damit unsichtbar gemacht. Später einsetzenden möglichen Selbst-Identitätsierungsprozessen als inter\* werden damit enge Grenzen gesetzt, die nicht selten den bei der körperlichen ‚Zurichtung‘ erlittenen Verlust als Bestandteil dieser Identität haben.

Deniz Oguzhan setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit dem Begriff ‚Migrationshintergrund‘ auseinander und zeigt, dass es verschiedene Verwendungsweisen gibt, die unterschiedliche Funktionen übernehmen. Die Folge seiner Verwendung sei eine „Fremd-Identitätsierung“, die eine „neue Differenzordnung“ schaffe und als „ordnungsstiftend“ wirke. Als alternative Kategorisierung plädiert er insbesondere für die „Selbst-Identifikation“, denn Selbst-Identitätsierungen können dazu dienen, Generalisierungen zu vermeiden und diskriminierende und sortierende Fremdkategorisierungen zu dekonstruieren.

Jasmin Donlic konzentriert sich in seinem Beitrag auf Rap-Texte als Ausdruck einer postmigrantischen Selbstkonstitution und macht deutlich, wie Jugendliche in ihren selbst verfassten Texten mit Diskriminierung und Ausgrenzung umgehen und sich in dieser Auseinandersetzung positionieren. „Rap-Texte können als Ermächtigungsprozesse in der Subjektwerdung wirken, denn sie erleichtern das Aussprechen von Themen, die sonst womöglich verborgen bleiben“, so Jasmin Donlic. In diesen Selbstpositionierungsprozessen wird das Spannungsverhältnis zwischen Fremd- und Selbst-Identitätsierung sichtbar.

Sarah A. Adjei Otuo beleuchtet in ihrer Studie die Bedeutung von Selbstorganisationen für Schwarze Identitätsverhandlungen und Zugehörigkeitsdiskurse in Deutschland. Sie versteht die „Kollektivierung“ marginalisierter Menschen als eine Antwort auf Diskriminierung und Ausgrenzung, die zugleich Prozesse der Selbst-Identitätsierung in Gang setzen kann. „Selbstorganisierte Netzwerke marginalisierter Gruppen können demnach neue Orte darstellen, die als widerständiges Potential genutzt werden“, so Otuo.

### 3.2 Die wissenschaftlichen Kurzbeiträge

An diese Langbeiträge schließen sich insgesamt vier Forschungsskizzen, drei Positionen und ein Praxisbeitrag an. In den Forschungsskizzen werden unterschiedliche Identitätsierungsprozesse in verschiedenen Feldern thematisiert. Das Spektrum reicht von (trans-)migrantischer Identitätsierung (Crepaz/Roller) über die Identitätsierung von Kindern als ‚leistungsschwache Schüler\_innen‘ (Buddeberg/Henke) und syntaktische Analysen zum Identifizieren von identitätsbasierten Spannungsfeldern am Beispiel von Personen, die als weibliche Führungskräfte gelesen werden (Musil/Müller-Christensen), bis hin zu rassifizierenden Praktiken öffentlicher Institutionen (Reichle/Dieckmann/Salheiser). Gemeinsam ist den Beiträgen eine mehr oder weniger prozesslogische Perspektive, die die Erforschung von essenzialisierenden Identitätsierungs-Praktiken und deren Auswirkungen ins Zentrum stellt.

Diese Perspektive wird auch in den Positionsbeiträgen fruchtbar gemacht. Paul Nicolas Möller setzt sich kritisch mit dem aktuellen Selbstbestimmungsgesetz auseinander und fordert ganz grundlegend die Abschaffung des Geschlechtereintrags und der damit verbundenen staatlichen Klassifizierung. Julian Sielenkämper fragt nach dem Verhältnis von Differenzierung und Identitätsierung und betrachtet die Entgegensetzung als performativ hergestellt. In eine ähnliche Kerbe schlägt Till Kraditzke mit einer Fokussierung auf Selbst-Identität(isierung) als Form sozialer Positionierung im gesellschaftlichen Gesamtgefüge. Jürgen Budde und Ilona Ebberts setzen sich mit den identifizierenden Adressierungen in der pädagogischen Praxis auseinander und verweisen auf das Spannungsfeld zwischen Handlungsnotwendigkeiten und Differenzkonstruktionen.

Schließlich plädiert Teo Schlögl in seinem Praxisbeitrag ebenso auf Basis eines prozesslogischen Ansatzes für eine Peer-Beratung von trans\* und nicht-binären Personen.

#### 4. Ausblick: Jenseits der Identitätsisierung?

Die Lang- wie Kurzbeiträge dieses Schwerpunktthemas stellen erkenntnisanregende Beiträge zur Debatte rund um sog. Identitätspolitik dar und können dabei unterstützen, diese zu kontextualisieren, nuancieren und ein Stück weit zu dekonstruieren. Gleichzeitig sehen wir das Forschungspotential, das sich mit Hilfe des Begriffs der Identitätsisierung entfalten lässt, nicht ausgeschöpft und möchten entsprechend zu einer tiefergehenden Beschäftigung mit dem Begriff der Identitätsisierung aus (erkenntnis)theoretischer, empirischer wie methodologischer Perspektive aufrufen.

Hinsichtlich der Konzeptionalisierung von Selbst-Identitätsierungen, also der Übernahme zugeschriebener oder angeeigneter Charakteristika, könnte eine Theoretisierung als eine politische Praxis bzw. politische Subjektivierung im Sinne Rancières (2022) fruchtbar sein: Selbst-Identitätsisierung als Bruch mit der hegemonialen Normalität, der das ‚repräsentative Regime‘ irritiert und eine neue Topographie des Möglichen entwirft. In der gegenwärtigen epistemischen Gemengelage bedeutete dies, dass sich kritisches Denken, um nicht selbst Teil des ideologischen Spielfeldes zu werden, nicht zu einer Positionierung für oder gegen ‚Identitätspolitik‘ hinreißen lassen darf, sondern vielmehr das permanente Diskursgeflecht wachsam aufspüren, entziffern und de-konstruieren muss. Eine solche Perspektive lädt dazu ein, Widerstände gegen Diskriminierung, Abwertung und Ausgrenzung in den Blick zu nehmen und den Fokus auf eine Gegenwart zu richten, die von Allianzen und Solidaritäten zwischen Menschen ausgeht, unabhängig davon, woher die Menschen kommen, welchen Hintergrund sie haben und welche Orientierungen sie aufweisen (Lorey 2022). Wenn Menschen diskriminiert und/oder ausgegrenzt werden, betrifft das alle und nicht nur die Diskriminierten und/oder Ausgegrenzten.

Daran anknüpfend lässt sich eine praxistheoretisch fundierte, methodologische Perspektive (z.B. Janssens/Steyaert 2020; Völker 2019) in Stellung bringen, die nicht vermeintliche Identitäten als Ausgangspunkt empirischer Forschung nimmt, sondern den tatsächlichen Vollzug von Praxen und deren Inklusions- und Exklusionsfolgen in den Fokus rückt. Dies impliziert eine Dezentrierung von Ex-ante-Identitätsierungsansätzen und öffnet den Blick für Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Praxisvollzug. Ein Beispiel hierfür wäre etwa, nicht a priori von der Gruppe ‚der Frauen‘ auszugehen, wenn es um Sorgearbeit geht, sondern zuerst der Verrichtung konkreter Sorgetätigkeiten nachzuspüren und anschließend z.B. die damit potentiell verbundenen Ausschlüsse vom Arbeitsmarkt zu rekonstruieren. Dadurch könnte zunächst der Blick auf die Gruppe der von Exklusion Betroffenen geschärft und so auch ‚inklusive‘ werden. Überdies können sich daraus auch andere forschungspraktische und handlungspolitische Ansatzpunkte für eine gleichberechtigte Teilhabe ergeben. In Bezug auf Sorgearbeit stünde dann z.B. nicht mehr die ‚Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt‘ im Vordergrund, sondern differenziertere Fragen und Empfehlungen, etwa zur Kompatibilität der Verrichtung von bezahlter Arbeit und Sorgetätigkeiten.

Mit diesem Themenheft versuchen wir einen ersten konzeptionellen Beitrag zur Eröffnung dieses spannungsreichen Forschungsfeldes zu leisten.

## Literatur

- Bührmann, Andrea D. (2004): Der Kampf um weibliche Individualität. Zur Transformation moderner Subjektivierungsweisen um 1900. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Butler, Judith (1990): *Gender trouble: Feminism and the subversion of identity*. London/New York: Routledge.
- Foucault, Michel (1973): *Die Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977): *Sexualität und Wahrheit*, Bd.1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hg.): Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. München: Beltz/Athenäum, 243–250.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression – eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, 77–92.
- Hall, Stuart (1994): Das Spektakel des ‚Anderen‘. Hall, Stuart (Hg.): *Ideologie Identität, Repräsentation*. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument, 108–166.
- Janssens, Maddy/Steyaert, Chris (2020): The site of diversalizing: The accomplishment of inclusion in intergenerational dance. *Journal of Management Studies* 57(6): 1143–1173. doi:10.1111/joms.12524
- Lorey, Isabell (2022): Die Zeit des ‚post‘ ist jetzt. Ver-Nichtung, mindere Sprache und Enteignung. Alkin, Ömer/Geuer, Lena (Hg.): *Postkolonialismus und Postmigration*. Münster: Unrast, 167–192.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Gülzau, Fabian (2020): Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie* 30, 317–346.
- Mitterer, Josef (2011): *Das Jenseits der Philosophie. Wider das dualistische Erkenntnisprinzip*. Weilerwist: Velbrück Wissenschaft.
- Nicke, Sascha (2018): Der Begriff der Identität. <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/241035/der-begriff-der-identitaet/> [Zugriff: 3. Mai 2023]
- Rancière, Jacques (2022): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Berlin: Suhrkamp.
- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge (2021): Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, 565–593. doi:10.1007/s41358-021-00291-2
- Schuberth, Richard (2022): Identität im Kreuzverhör. Schuberth, Richard (Hg.): *Die Welt als guter Wille und schlechte Vorstellung. Das identitätspolitische Lesebuch*. Klagenfurt: Drava, 25–30.
- Straub, Jürgen (2018). Identität. Kopp, Jens/Steinbach, Anja (Hg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 126–131.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2018): Identitätspolitiken: Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: Unrast.
- van Dyk, Silke (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69(9–11), 25–32. [www.bpb.de](http://www.bpb.de)
- Villa Braslavsky, Paula (2020): Identitätspolitik. *Pop. Kultur & Kritik* 9(1), 70–76. doi:10.14361/pop-2020-090111
- Völker, Susanne (2019): Praxeologie und Praxistheorie: Resonanzen und Debatten in der Geschlechterforschung. Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Geschlecht und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 509–518.

Andrea D. Bührmann, Prof.in, Dr., Institut für Diversitätsforschung,  
Georg-August-Universität Göttingen

Laura Dobusch, Dr.in, Sustainable Transformation Management Lab,  
Johannes Kepler Universität Linz



Thomas Köllen, PD Dr., Institut für Organisation und Personal, Universität Bern

Erol Yıldız, Prof., Dr., Institut für Erziehungswissenschaft,  
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Ebbers, Ilona, Prof.in, Dr., Professur für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik,  
Europa-Universität Flensburg

Brigitte Halbfas, Prof.in, Dr., Zentrale Gleichstellungsbeauftragte,  
Bergische Universität Wuppertal

Daniela Rastetter, Prof.in, Dr., Professur für Personal und Gender, Universität Hamburg

Barbara Sieben, Prof.in, Dr., Professur für Personalpolitik,  
Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg